

Freie Liste will Staatsbeitrag um neun Millionen erhöhen

PATRIK SCHÄDLER

VADUZ. Die Fraktion der oppositionellen Freien Liste versucht es erneut. Sie will den Staatsbeitrag an die obligatorische Krankenversicherung um neun Millionen Franken erhöhen und wird nächste Woche im Landtag einen entsprechenden Antrag einreichen. Dadurch würde die monatliche Prämie für jeden Versicherten um 24 Franken sinken, erklärte gestern die Freie Liste in einer Mitteilung. Die Regierung

will den Staatsbeitrag bei 33 Millionen Franken belassen. Der Staatsbeitrag lag 2012 noch bei 54 Millionen Franken.

«Ich sehe keinen Grund»

«Ich sehe keinen vernünftigen Grund, den Staatsbeitrag schon wieder zu erhöhen. Das Grundproblem im Gesundheitswesen ist das Kostenwachstum. Dieses müssen wir aktiv angehen, was derzeit mit Tarifsenkungen und der KVG-Revision geschieht», so Gesundheitsminister Mauro

Pedrazzini zum erneuten Vorstoss der Freien Liste.

«Ersatz für AHV-Kürzung»

Die kleinste Oppositionspartei argumentiert ein wenig trotzig: «Gerade weil an der letzten Landtagssitzung der Staatsbeitrag an die AHV zu stark gekürzt worden ist, bietet sich bei der Krankenversicherung die erste Möglichkeit, dem Rückzug des Staates aus den sozialen Systemen effektiv und für die breite Bevölkerung spürbar entgegen-

zutreten.» Der Vorschlag dürfte bei den anderen Parteien wenig Chancen haben. Dies auch deshalb, da Gesundheitsminister Pedrazzini im Abstimmungskampf zur KVG-Revision versprochen hat, dass die Prämien durch die Revision im Durchschnitt um 315 Franken pro Versicherten und Jahr sinken sollen. Jene Abgeordneten, die nicht an dieses Versprechen glauben, werden aus Rücksicht auf den Staatshaushalt auf den Nein-Knopf drücken.

Krankenversicherung: Staatsbeitrag erhöhen

Die Fraktion der Freien Liste wird auch dieses Jahr wieder beantragen, den Staatsbeitrag an die obligatorische Krankenversicherung um 9 Millionen Franken zu erhöhen. Dies würde eine Entlastung der monatlichen Prämien von 24 Franken für jede und jeden bedeuten. Die 2014 vorgenommene Kürzung des Staatsbeitrags an die OKP von 42 auf 33 Millio-

nen Franken ging über das im Massnahmenpaket III definierte Ziel hinaus und belastet vor allem den Mittelstand zusätzlich. Gerade weil an der letzten Landtagssitzung der Staatsbeitrag an die AHV zu stark gekürzt worden ist, bietet sich bei der Krankenversicherung die erste Möglichkeit, dem Rückzug des Staates aus den sozialen Systemen effektiv und für die breite

Bevölkerung spürbar entgegenzutreten.

So wurde bei der Diskussion der AHV von den Befürwortern eines tiefen Staatsbeitrags argumentiert, dass, je mehr Geld der Staat in die AHV zuschiesst, angeblich desto mehr Geld auch ins Ausland abfliesst. Man solle daher lieber bei der Krankenkasse den Staatsbeitrag erhöhen, dort käme nämlich das

ganze Geld der Liechtensteiner Bevölkerung zugute und es würde nichts ins Ausland abfliessen. Mit einem Druck auf den Abstimmungsknopf beim Antrag der Freien Liste im Juni-Landtag können die Abgeordneten ihren Worten Taten folgen lassen.

Eine Stellungnahme der Landtagsfraktion der Freien Liste